

Gesamt-Übersicht

Denk' ich an Deutschland

Deutsche Wappen, Farben und Fahnen 12/13/14

A) Einführung

I. Die deutsche Frage als Problem des Staats- und Völkerrechts	15
1. Politik und „Juristerei“	16
2. Spannung zwischen Recht und Macht	17
3. Wechselbezug von Recht und Politik	17
II. Die rechtspolitischen Zielsetzungen	18
1. Verständigung und Aussöhnung	18
2. Normalisierung	18
3. Kontinuität und Offenhalten	18
4. Polen 125 Jahre geteilt	19
III. Die verfassungsgeschichtlichen Wurzeln der deutschen Frage	20
1. Ursprünge	20
2. Der Kaiser im christlichen Abendland	21
a) Die Fortsetzung des römischen Reichsgedankens	21
b) Die Reichsidee	23
c) Die fränkische Reichsteilung im 9. Jahrhundert	24
3. Das Entstehen des „Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation“	28
4. Glaubensspaltung und Dreißigjähriger Krieg	33
5. Das Reich nach dem Westfälischen Frieden	36
a) Die Rechtsnatur des Deutschen Reiches	36
b) Die Länder als selbständige Machtzentren	38
6. Niedergang und Auflösung des Reichs	40
a) Die staatsrechtliche Umgestaltung Deutschlands durch Napoleon	40
b) Der Untergang des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation	41
c) Napoleon fordert Franz II. auf, die Kaiserkrone niederzulegen	41
7. Der Deutsche Bund	42
a) Die Rechtsgrundlagen des Deutschen Bundes	42
b) Der Deutsche Zollverein	42
c) Nationalstaatliche Bestrebungen	44
d) Die Beendigung des Deutschen Bundes	45
e) Großdeutsch oder Kleindeutsch?	46
8. Das Bismarckreich	48
a) Die Gründung des Norddeutschen Bundes	48
b) Die zweite Reichsgründung	48
9. Die Weimarer Republik	50
10. Von Weimar zu Hitler	52
11. Das „Dritte Reich“	53

B) Der deutsche Staat nach 1945

I. Die völkerrechtliche Ausgangslage	57
1. Deutschland in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937	57

a)	Das Londoner Protokoll vom 12. September 1944	57
b)	Die territorialen Veränderungen Deutschlands zwischen dem 31. Dezember 1937 und dem 1. September 1939	57
	(1) Der Anschluß Österreichs	57
	(2) Die Eingliederung des Sudetenlandes	59
	(3) Die Rückführung des Memelgebietes	62
	(4) Die Errichtung des Protektorats „Böhmen und Mähren“ am 16. März 1939	62
c)	Die territorialen Veränderungen nach der Kriegseröffnung am 1. September 1939 („Großdeutsches Reich“)	63
	(1) Westgrenze	63
	(2) Südgrenze	63
	(3) Ostgrenze	63
	— Danzig	
	— Polen	
	— Sowjetunion	
2.	Die verfassungsrechtliche Bestätigung Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937	65
II. Der Fortbestand Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937	66
1.	Die Kontinuität des deutschen Staates über das Jahr 1945 hinaus	67
a)	Die Staatenpraxis der Siegermächte	67
	(1) Die bedingungslose Kapitulation	67
	(2) Die Verhaftung der Regierung Dönitz	67
	(3) Die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die Alliierten	70
b)	Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland	70
2.	Die Entwicklung zweier Staaten in Deutschland	71
a)	Das Fortschreiben der alliierten Siegerrechte	71
	(1) Das Besatzungsrecht	71
	(2) Die Konstituierung der Bundesrepublik und der DDR unter der Herrschaft des Besatzungsregimes	71
b)	Das Festhalten am Gesamtstaat im staatsrechtlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland	76
	(1) Die Theorien zur Rechtslage Deutschlands	76
	(a) Die Identitätstheorie	76
	(b) Die Teilidentitätslehre	77
	(c) Die Sukzessionslehre	77
	(d) Die Teilordnungslehre	77
	(2) Die Praxis der Bundesrepublik Deutschland	78
c)	Der Wandel im staatsrechtlichen Selbstverständnis der DDR	79
	(1) Der Ausgangspunkt: staatliche Einheit	79
	(2) Die staats- und völkerrechtliche Abgrenzung	82
	(3) Die Praxis	85
3.	Die besondere Lage Berlins	86
4.	Die deutschen Ostgebiete	88
a)	Die Regelungen im Potsdamer Protokoll	88
b)	Die faktische Ausgliederung der Gebiete aus dem Reichsverband	89
c)	Die Haltung der Bundesrepublik	90
5.	Die Problematik der Westgrenze	93
a)	Die vorläufigen Änderungen der Westgrenze durch die Westalliierten in den Jahren 1948/49	93
b)	Die bilateralen Verträge der Bundesrepublik bezüglich der Grenzänderungen im Westen	94
	(1) Der deutsch-niederländische Vertrag vom 8. April 1960	94
	(2) Der deutsch-belgische Vertrag vom 24. September 1956	94
	(3) Der deutsch-luxemburgische Vertrag vom 11. Juli 1959	96
	(4) Deutsch-französische Grenzfragen	96
	(a) Das Saarabkommen	96
	(b) Die Mundatwald-Regelung	98
6.	Exkurs: Die Grenzverträge mit der Schweiz vom 23. November 1964	100

C) Die Bedeutung der Ostvertragspolitik für die staatliche Einheit Deutschlands

I. Die Bausteine der Vertragspolitik	101
1. Das Bahr-Papier	101
2. Der Moskauer Vertrag	102
3. Der Warschauer Vertrag	102
4. Das Viermächte-Abkommen	103
5. Die vertraglichen Abmachungen mit der DDR	104
a) Verkehrsvertrag und Transitabkommen	104
b) Der Grundvertrag	104
c) Folgeverträge	105
(1) Der Austausch Ständiger Vertretungen	105
(2) Das Grenzprotokoll	105
(3) Das Kulturabkommen	105
6. Der Beitritt der beiden deutschen Staaten zur UNO	106
7. Der Prager Vertrag	107
8. Die KSZE-Schlußakte	108
a) Die grenzbezogenen Regelungen	108
b) Kein „gesamteuropäischer Friedensvertrag“	108
II. Die Elemente des „Offenhaltens“ der deutschen Frage	109
1. Keine Verfügung über deutsche Gebiete	110
2. Keine völkerrechtliche Anerkennung des politischen Status Quo	110
a) Die Vermeidung des Wortes „Anerkennung“	110
b) Die Gromyko-Erklärung vom 29. Juli 1970	111
c) Die Auslegung gebietsbezogener Regelungen nach dem Inkrafttreten der Verträge	112
3. Die Unberührtheitsklauseln	113
4. Der Vorrang der Viermächterechte und -verantwortung	114
a) Der Notenwechsel zum Moskauer und Warschauer Vertrag	114
b) Der Briefwechsel zum Grundvertrag	115
c) Die „politische“ Bindungswirkung der Verträge	115
5. Der Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit	115
6. Keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik ..	116
7. Friedlicher Wandel („peaceful change“)	116
a) Keine Garantie der Grenzen in Europa	116
b) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	117
c) Menschliche Erleichterungen	118
d) Das Recht auf die Heimat	119
8. Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten der Vertragspartner in deutschlandrechtlichen Grundsatzfragen	121
III. Die Auslegung der Verträge durch das Bundesverfassungsgericht	122
1. Das Bundesverfassungsgericht als „Wächter“ der sich wandelnden Deutschlandpolitik	123
a) Das KPD-Urteil: Ermessensspielräume	123
b) Das Saarstatuturteil: Annäherungstheorie	124
c) Verfassungsrechtliche Überlegungen im Vorfeld der Ostvertragspolitik .	124
(1) Bedeutungswandel von Verfassungsnormen	124
(2) „stillter“ Verfassungswandel	124
2. Entscheidungen und Auslegungsmethode des Bundesverfassungsgerichts	125
a) Die Entscheidungen	125
(1) Das Grundvertragsurteil vom 31. Juli 1973	125

(2) Die Ostvertragsbeschlüsse vom 7. Juli 1975	125
b) Einschränkungende Auslegung	125
3. Wichtige deutschlandrechtliche Erkenntnisse des Bundesverfassungsgerichts	126
a) Verhältnis Bundesrepublik/DDR	126
(1) Die Wahrung der deutschen Einheit	126
(2) Theoretische Ansätze	126
(3) Berlin Teil der Bundesrepublik Deutschland	128
b) Keine völkerrechtliche Ausgliederung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße	129
c) Kritik an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den gebietsbezogenen Regelungen der Ostverträge	129
d) Der Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit	131
(1) Die Erkenntnisse des Grundvertragsurteils	131
(2) Die Erkenntnisse der Ostvertragsbeschlüsse	131
(3) Die Festlegung im sogenannten „Teso“-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts	131
IV. Zum Problem der Spannung zwischen dem verfassungsrechtlich verpflichtenden Deutschlandbegriff und außenpolitischen „Realitäten“	132

D) Ausblick

I. Die Offenheit der deutschen Frage	133
1. Die vertragliche Lage	133
2. Die faktische Lage	133
a) Die „Ersitzung“ von Staatsgebiet	134
b) Zur Frage der „Ersitzung“ der deutschen Ostgebiete	134
II. Aktualität und Bestandskraft des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes	136
1. Das Wiedervereinigungsgebot als „änderungsfeste“ Verfassungsnorm	138
2. Die Bindung des Gesetzgebers an die grundsätzlichen Vorgaben der Konstituante	139
III. Deutsche Einheit und europäische Integration	140
1. Die Zielsetzungen des Grundgesetzes	140
2. Spannungen zwischen westeuropäischer Integration und Wiedervereinigung	140
a) Mögliche Spannungen	140
b) Der gesamtdeutsche Besitzstand des europäischen Gemeinschaftsrechts	141
c) Das Fortschreiben des gesamtdeutschen Besitzstands	142
3. Die „Europäisierung“ der deutschen Frage	143
Zeittafel/Chronik	145
Lexikon/Begriffserläuterungen	213
Das Lied der Deutschen	220
Weiterführende Literatur	223
Personenregister	234
Sachregister	238